



**Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV)**  
**Regionalgruppe Münster**  
Kajo Schukalla  
(Arbeitskontakte am Ende des Schreibens)

[www.gfbv.de](http://www.gfbv.de)    [www.rg-muenster.gfbv.de](http://www.rg-muenster.gfbv.de)

Münster, 3. Juli 2018

Liebe Freundinnen und Freunde in der Menschenrechtsarbeit,  
sehr geehrte Damen und Herren,

Deutschland schottet sich weiter ab. Der unselige Asylstreit zwischen CDU und CSU hat seit etlichen Tagen die Politik lahmgelegt. Über Menschenrechtssituationen in den Konfliktgebieten und die Lage der Geflüchteten, etwa die dramatische Situation der Menschen auf dem Rettungsschiff „Lifeline“ vor Malta, wurde vergleichsweise nur wenig berichtet. Menschen dürfen aber nicht zum lebenden Faustpfand europäischer Richtungskämpfe und der schwierigen Suche nach einer gemeinsamen Migrationspolitik werden, die die Menschenrechte achtet.

Mit überwiegend kleineren Aktivitäten bemühen wir uns um Information und Mobilisierung von konkreter Hilfe. Aus unserem Bundesbüro in Göttingen können wir aktuell einen neuen Hintergrundbericht über die Lage in Nordsyrien und den Angriffskrieg der Türkei gegen die Region Afrin anbieten. Er kann neben zahlreichen anderen Dokumenten in Papierform bestellt werden oder direkt als Datei heruntergeladen (pdf) werden.

[https://www.gfbv.de/fileadmin/redaktion/Reporte\\_Memoranden/2018/2018-05\\_Memorandum\\_Afrin\\_GfbV.pdf](https://www.gfbv.de/fileadmin/redaktion/Reporte_Memoranden/2018/2018-05_Memorandum_Afrin_GfbV.pdf) (vgl. auch die Pressemitteilung unten)

In diesen Wochen werden auch die Herbstveranstaltungen geplant, die über verschiedene Reihen, so die interkulturellen Wochen, den FriedensKulturMonat und die Reihe des Beirats für kommunale Entwicklungszusammenarbeit, beworben werden und bei denen wir unsere menschenrechtspolitischen Akzente setzen werden.

Empfehlend hinweisen möchte ich auch noch auf unsere aktuelle Pogrom-Nummer, die einen Blick auf 50 Jahre Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) wirft, gleichzeitig ein Blick auf 50 Jahre Bürgerrechtsbewegung und eine Rückschau auf jahrzehntelangen, unermüdlichen Einsatz für die Menschenrechte der Minderheiten weltweit (mehr auch dazu unten).

Dieser Rundbrief enthält auch Berichte über verwandte Eine-Welt-Aktivitäten in Münster.

Mit herzlichem Gruß

Kajo Schukalla

### **In eigener Sache: Datenschutz**

Die Neuerungen der neuen **EU-Datenschutzgrundverordnung (DSGVO)** zwingen zur Überprüfung des aktuellen Datenschutzes bei der Versendung von Rundbriefen und der Speicherung von Daten. Weitere Hinweise zu unserem Datenschutz habe ich am Ende dieses Rundbriefes aufgenommen.

## **1. Termine**

### **Gesellschaft für bedrohte Völker – Münster**

#### **Offenes Arbeitstreffen**

**Donnerstag, 5. Juli 2018, 20 Uhr**

Die Brücke – International Office, Raum 107  
Wilmergasse 2 (Ecke Schlossplatz),  
48143 Münster

Wir treffen uns wieder zu einem offenen Arbeitstreffen. Informationen über aktuelle Menschenrechtsverletzungen, der Erfahrungsaustausch und Planungen nächster Aktionen stehen auf dem Programm. Interessierte sind herzlich willkommen.

### **Sommerfest am Bennohaus**

**Interkulturelles Stadtteilstfest mit Buffet, Kinderaktionen, Bühnensprogramm und Menschenrechtsinformationen**

**Sonntag, 8. Juli 2018, 11-18 Uhr**

Bennostraße 5, 48155 Münster (Ostviertel)

Am Sonntag geht das Sommerfest des Bennohauses ab 11 Uhr in seine 6. Runde! Die Besucher werden verwöhnt mit Live-Musik, Tanz und vielen Aktionen zum Mitmachen!

Die GfbV-Münster ist mit einem Informationsstand zur Menschenrechtsarbeit vertreten.

Es gibt ein vielseitiges Unterhaltungsprogramm, das aus Musik, Tanzgruppen und weiteren aufregenden Künstlern bestehen wird. Mit dabei ist zum Beispiel das Ensemble „Pipero“ und Informationsstände der Lebenshilfe e.V., des Tierheims in Münster usw. Bunt wird es nicht nur auf der Bühne, sondern auch kulinarisch. Egal ob Kaffee, Kuchen, Bratwurst oder internationale Spezialitäten vom internationalen Buffet, für jeden ist etwas dabei! Für Kinder wird ebenfalls einiges geboten: sich schminken lassen, basteln, an der Torwand schießen, oder sich auf der Hüpfburg austoben – alles kann, nichts muss.

Geplant von den Freiwilligen des Bereiches „Öffentlichkeitsarbeit und Kulturmanagement“ überrascht das Sommerfest immer wieder mit frischen Ideen und neuem Motto, diesmal „Vielfalt verbindet“. Dieses Mal ist es in das Projekt „Aktion – Mein Stadtteil“ eingebunden, das vom Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat gefördert wird.

Wir freuen uns schon riesig auf einen ganz besonderen Tag im Ostviertel Münsters und würden uns freuen, Sie und euch bei unserem Fest begrüßen zu dürfen!

<http://www.bennohaus.de/programm/sommerfest-des-bennohauses/>

Lageplan: <http://www.bennohaus.de/das-buergerhaus-bennohaus-in-muenster/kontakt/>

### **Geburtstagspicknick für den Dalai Lama**

**Sonntag, 8. Juli 2018, 15 Uhr**

an den Aasee-Kugeln

Die schon traditionelle Geburtstagsfeier für den



Dalai Lama, der zwei Tage vorher 83 Jahre alt wird, findet in diesem Jahr am nördlichen Aasee statt.

Im Rahmen der Feier bildet eine Zeremonie der Exil-Tibeter einschließlich der Intonation der tibetischen Nationalhymne unter Tuba-Begleitung des Münsteraner Musikers Karl Bodmann ein besonderes Highlight.

Interessierte sind herzlich willkommen.



### **SPRYNG – Diskriminierungskritisches Lernen in der Schule**

#### **Ringvorlesung "Migration und Bildung"**

**Dienstag, 10. Juli 2018, 18 Uhr**

Hörsaal S10 im Schloss, Schlossplatz Münster

Referentinnen: Prof. Dr. Stefanie Ernst (Westfälische Wilhelms-Universität Münster)

Andrea Reckfort (Kommunales Integrationszentrum Stadt Münster)

<https://www.stadt-muenster.de/zuwanderung/aktuelles/info-ringvorlesung.html>

### **"Interkulturelle Öffnung" von Organisationen – Chancen und Hindernisse**

#### **Ringvorlesung "Migration und Bildung"**

**Dienstag, 17. Juli 2018, 18 Uhr**

Referentin: Prof. Dr. Henrique Otten (Fachhochschule für öffentliche Verwaltung NRW)

### **Migration und Entwicklung. Ein Workshop**

**Donnerstag, 19. Juli 2018, 18 Uhr**

Stadtweinhaus, Prinzipalmarkt Münster

Nach der Auftaktveranstaltung „Migration und Entwicklung auf kommunaler Ebene“ im Juni (vgl. Bericht unten) gilt es nun nach den theoretische Informationen das Projekt mit „Leben“ zu füllen. Und dafür sind wir auf Sie, als Expertinnen, Experten und Engagierte, angewiesen.

Hauptziel des gesamten Projektes ist eine stärkere und engere Zusammenarbeit der Eine-Welt-Initiativen und der entwicklungspolitisch aktiven oder interessierten Migrantenselbstorganisationen im Bereich der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit.

Um dieses Ziel zu erreichen, soll ein Arbeitskreis eingerichtet werden, in dem Eine-Welt-Akteure und Vertreterinnen und Vertreter der Migrantenselbstorganisationen gemeinsam Ideen für eine künftige engere Zusammenarbeit beider Gruppierungen erarbeiten. Unterstützt wird dieser Arbeitskreis von dem von der Stadt Münster beauftragten und von Engagement Global finanzierten Beraterteam Herrn Dr. Medard Kabanda und Herrn Kevin Matuke. Die Mitglieder des Arbeitskreises sollen langfristig zusammenarbeiten mit dem Ziel, mindestens einmal im Jahr eine gemeinsame entwicklungspolitische Veranstaltung von Eine-Welt-Initiativen und Migrantenselbstorganisationen in Münster durchzuführen. Selbstverständlich sind auch Menschenrechtsgruppen hier angesprochen.

Wir ermuntern dazu, sich durch Mitarbeit in diesem Arbeitskreis aktiv an dem Projekt zu beteiligen und uns auf dem spannenden Weg in der nächsten Zeit zu begleiten.

Aber auch ohne eine direkte Mitarbeit sind wir auf Ihr Interesse und Ihre Hilfe angewiesen. Auf Wunsch werden wir Sie daher über alle Ideen und neuesten Entwicklungen in diesem Projekt informieren und auf dem Laufenden halten und ggf. um Unterstützung bitten.

Sollten Sie zukünftig keine weiteren Informationen zu diesem Projekt per E-Mail erhalten wollen, bitten wir Sie um einen entsprechenden Hinweis.

Mit der Bitte um Anmeldung für eine Mitarbeit in diesem Arbeitskreis. Für Rückfragen stehen Ihnen die Geschäftsstellen des Integrationsrates ([rischer@stadt-muenster.de](mailto:rischer@stadt-muenster.de), Tel. 492-3369) sowie des Beirates für kommunale Entwicklungszusammenarbeit ([rietkoetter@stadt-muenster.de](mailto:rietkoetter@stadt-muenster.de), Tel. 492-3326).

## **Vorschau**

### **Interkulturelle Woche des integrationsrates der Stadt Münster**

**23.-29. September 2018**

#### **Vorbereitungstreffen**

**Dienstag, 10. Juli 2018, 19 Uhr**

**Mittwoch, 5. September 2018, 19 Uhr**

jeweils im Stadthaus 2, Sitzungssaal 2/1, 11.Etage

Interessierte Akteure sind willkommen.

### **FriedensKulturMonat 2018**

**September und Oktober 2018**

Das Programm ist noch in Arbeit.

Auch die GfbV wird hier beteiligt sein.

### **"Unfair.Unfrieden.Flüchten"**

**Mitte September bis Ende Oktober 2018**

Die Reihe wird noch entwickelt. Weitere Beiträge können nicht mehr aufgenommen werden. Die GfbV hat mehrere Vorschläge eingereicht.

Allgemeine Informationen:

<https://www.stadt-muenster.de/ratsservice/politik-und-verwaltung/beirat-fuer-kommunale-entwicklungszusammenarbeit/aktuelle-veranstaltungsreihe.html>

<https://www.muenster.de/stadt/presseservice/pressemeldungen/web/frontend/output/pm-startseite/design/standard/page/19/show/980956>

[https://www.focus.de/regional/muenster/muenster-ueber-die-ursachen-von-flucht-und-migration\\_id\\_8423586.html](https://www.focus.de/regional/muenster/muenster-ueber-die-ursachen-von-flucht-und-migration_id_8423586.html)

### **Familienumweltfest**

**Informationen rund um die Umwelt in Münster**

**Sonntag, 2. September 2018, 11 - 18 Uhr**

Hof Lütke Jüdefeld, Gasselstiege 115

Das große Familienumweltfest findet nun bereits zum 11. Mal auf dem idyllisch, aber fast zentrumsnah gelegenen Naturlandhof Lütke Jüdefeld statt. Mehr als 40 Stände aus dem Umwelt- und Eine-Welt-Bereich sind angemeldet und präsentieren Informationen und Mitmachaktionen zum Natur- und Umweltschutz, zur kulturellen Vielfalt und zum Fairen Handel. Neben Treckerfahrten, einer Strohhüpfburg, der Wildniswerkstatt und vielen Attraktionen mehr, kann man Vogelkästen und Wildbienenhotels für den Garten bauen und an zahlreichen Quizze teilnehmen und tolle Preise gewinnen. Für gute Stimmung und Spannung sorgen wie immer unterschiedlichste Musikgruppen, Jongleure und Tänzer.

[www.muenster.de/stadt/umwelt/](http://www.muenster.de/stadt/umwelt/)

### **Interkulturelles Fest des Integrationsrates der Stadt Münster**

**Samstag, 29. September 2018, ganztägig**

Vorplatz Stadthaus 1, Rathausinnenhof, Platz des Westfälischen Friedens

Der Integrationsrat der Stadt Münster lädt ein zum traditionellen Höhepunkt der Interkulturellen Woche, dem Interkulturellen Fest auf dem Platz des Westfälischen Friedens und vor dem Stadthaus 1. Wie gewohnt erwartet Jung und Alt ein abwechslungsreiches internationales Bühnenprogramm. Tanz und Musik aus vielen Ländern der Erde sorgen für internationales Flair und laden zum Verweilen ein. Selbstverständlich kommt auch das Kulinarische nicht zu kurz. Zahlreiche Informationsstände und Gruppen werden wieder beteiligt sein, auch die Regionalgruppe der Gesellschaft für bedrohte Völker.

[www.stadt-muenster.de/zuwanderung](http://www.stadt-muenster.de/zuwanderung)

### **GfbV-Jahreshauptversammlung**

**Freitag bis Sonntag, 5. - 7. Oktober 2018**

**Am Samstag wird das 50jährige Jubiläum unserer Menschenrechtsorganisation gefeiert werden.**

Göttingen

Aktuelle Hinweise finden sich auf unserer Internetseite [www.gfbv.de](http://www.gfbv.de)

## **2. Berichte und Hinweise**

### **Tibet muss auf die UN-Agenda! Eine Petition an Bundesaußenminister Maas.**

*Gerne machen wir auf diese Petition der Tibet-initiative aufmerksam.*

Die Lage in Tibet verschlechtert sich zusehends: Allein 2017 entsandte die chinesische Regierung über 20.000 Kader in tibetische Klöster und errichtete Tausende zusätzlicher Polizei- und Militärcheckpoints. Die Tibeter können sich in ihrem eigenen Land kaum noch frei bewegen und sind ständiger Überwachung ausgesetzt. Das alles mit dem Ziel der totalen Kontrolle.

Gleichzeitig baut China auch seinen globalen Einfluss immer mehr aus. Wir können nicht stillschweigend hinnehmen, dass die chinesische Regierung mittlerweile selbst bei den Vereinten Nationen versucht, den Dialog über Menschenrechte und Tibet zu verhindern.

Im November dieses Jahres wird China vom UN-Menschenrechtsrat in Genf auf die Menschenrechtsslage hin überprüft. Deutschland muss diese Chance nutzen, um die Missstände in Tibet anzusprechen. Deshalb fordern wir von der Bundesregierung: Tibet muss auf die UN-Agenda! Gemeinsam können wir dafür sorgen, dass Tibet bei der UN eine Stimme erhält. Unterschreiben Sie JETZT die Petition an Außenminister Maas.

zur Petition:

[https://www.tibet-initiative.de/mitmachen/kampagnen/tibet-muss-auf-die-un-agenda/?utm\\_source=newsletter&utm\\_medium=email&utm\\_campaign=un\\_petition&utm\\_content=button](https://www.tibet-initiative.de/mitmachen/kampagnen/tibet-muss-auf-die-un-agenda/?utm_source=newsletter&utm_medium=email&utm_campaign=un_petition&utm_content=button)

Herzlichen Dank und Tashi Delek

### **Erdogan wurde auch in Münster gewählt**

Leserzuschrift an WN und MZ. 2.7.2018

Die Wiederwahl Recep Tayyip Erdogans zum türkischen Präsidenten und die Ergebnisse für die AKP habe ich befürchtet und erwartet. Dabei bleibt das Stimmverhalten der in Deutschland lebenden Türken sehr befremdlich. Während die türkeistämmigen Gemeinschaften in England, Kanada und den USA mehrheitlich für die Präsidentschaftskandidaten der Oppositionsparteien gestimmt haben, fallen hier die Wahlergebnisse für Erdogan regelmäßig sogar deutlich besser aus als in der Türkei selbst. In der Türkei erreichte diesmal Erdogan 52,6 %, in Deutschland 64,8 %, mehr noch als beim Verfassungsreferendum von 2017. Im Wahlbezirk Münster stimmten jetzt sogar 66,1% bei jedoch schwacher Wahlbeteiligung für Erdogan. Die Gründe sind sicher vielfältig. Offenkundig wirft das Ergebnis auch ein Licht auf den unbefriedigenden Zustand der Integration von Teilen der türkeistämmigen Gemeinschaften in Deutschland. Zu lange haben unsere Politik und die Mehrheitsgesellschaft Defizite ausgeblendet. Doch auch unsere türkischen Nachbarn werden sich fragen lassen müssen, weshalb sie hier die demokratischen Vorzüge so wenig erkannt und genutzt haben. Denn mit der

Wahl Erdogans wurde ein Autokrat bestätigt, der Staatsoberhaupt, Regierungschef und Parteivorsitzender in einem ist. Der Abschied von einer funktionierenden Demokratie scheint mit der Wiederwahl auf Jahre hin vollzogen. Die türkischen Stimmen aus Westfalen haben jedenfalls dazu beigetragen, dass auch die Chancen auf eine EU-Mitgliedschaft der Türkei restlos verschwunden sind. Die Verfolgung und Inhaftierung Andersdenkender, Journalisten und Menschenrechtsverteidiger, die Diskriminierung ethnischer und religiöser Minderheiten und die fortschreitende Islamisierungspolitik, die Aggressions- und Annexionspolitik im kurdischen Norden Syriens, die zur Staatsdoktrin erhobene Leugnung des Völkermords an den Armeniern kennzeichnen heute eine Türkei, die sich immer weiter von Europa entfernt. Selbst als Deutscher muss man bei Privatreisen in die Türkei mit willkürlicher Festnahme rechnen. Es ist traurig, dass auch die türkischen Münsteraner nicht vernehmlich für Demokratie und Menschenrechte in der alten Heimat eingetreten sind.

Dr. Kajo Schukalla

Markweg 38 Münster

### **Integrationsrat – gute Zusammenarbeit und große Herausforderungen**

Leserbrief an WN und MZ, Mai 2018

*(Der nachfolgende Leserbrief erschien Anfang Juni in beiden Zeitungen, jedoch extrem gekürzt. Nachfolgend findet sich die vollständige Fassung.)*

Zu den anhaltenden Diskussionen um den Integrationsrat in unserer Stadt möchte ich auf einige Aspekte aufmerksam machen:

1. Für den Integrationsrat kann ich auch aus eigener Erfahrung guter Zusammenarbeit in verschiedenen Funktionen feststellen, dass das Gremium unter dem derzeitigen Vorsitz von Dr. Ömer Lütfü Yavuz ebenso wie bei seinem Vorgänger, dem unvergessenen Spyros Marinos, konsequent und erfolgreich für Integration und Demokratie eingetreten ist und entsprechendes bürgerschaftliches Engagement gefördert hat. Dies betrifft vor allem die Integrationsarbeit mit Migrantinnen und Migranten und den Einsatz für Flüchtlinge, die Positionierung gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit sowie die Unterstützung von internationalen Vereinen und anderen zivilgesellschaftlichen Gruppen mit Integrationsbezug.
2. Mit dem Beirat für kommunale Entwicklungszusammenarbeit der Stadt Münster, in dem die Eine-Welt-Gruppen, das Umweltforum, die Universität, der Integrationsrat selbst sowie die Ratsfraktionen vertreten sind, gibt es eine bewährte fruchtbare Zusammenarbeit. Ein gemeinsames Anliegen und aktuell angelaufenes Projekt bringt Eine-Welt-Gruppen mit Migrantenselbstorganisationen (MSO) zusammen und möchte Eine-Welt-Anliegen interkulturell öffnen, internationale Partnerschaften stärken und beispielsweise auch zur lokalen Umsetzung der Nachhaltigen Entwicklungsziele (SDG) der UNO in Münster beitragen. Ohne die Mitwirkung des Integrationsrates wäre dies kaum möglich. Auch dies trägt zur Weltoffenheit Münsters bei, die so viele auswärtige Besucher anzieht.
3. Natürlich bleiben große Herausforderungen für den Integrationsrat. Wie in der deutschen Mehrheitsbevölkerung gibt es auch unter Zuwanderern extremistische und demokratisch nicht hinnehmbare Ansichten und Aktivitäten, hier jedoch oft spezifisch geprägt. Menschen aus dem arabischen Raum haben in der Regel von klein auf Antisemitismus und Israel-Hass eingepflegt bekommen. In der Türkei ist die Leugnung des Völkermords an den Armeniern Staatsdoktrin.

Dies wie auch „ererbte“ Loyalitäten zu problematischen Institutionen und Gruppierungen der alten Heimat überdauern oft lange. Diese Probleme sind sicher eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, der Integrationsrat ist hier aber zweifellos besonders gefordert. Meine Unterstützung hat er.

4. Neuere Vorschläge zur Abschaffung oder Umwandlung des Gremiums in einen Ausschuss sind untauglich und würden letztlich nur zu einer Schwächung des grunddemokratischen Anliegens führen, Menschen mit Migrationsvorgeschichte verstärkt am öffentlichen Leben unserer Stadt teilhaben zu lassen.

Dr. Kajo Schukalla,

Vorsitzender des Beirat für kommunale Entwicklungszusammenarbeit der Stadt Münster,  
Markweg 38, Münster

### **Migranten und entwicklungspolitisch Aktive bringen gemeinsam Projekte auf den Weg Neue Arbeitsgruppe steht allen Interessierten offen**

*Pressemitteilung der Stadt Münster, 26.06.2018*

Münster (SMS) Jährlich ein neues Projekt, das Aktive aus Migrantenorganisationen und entwicklungspolitisch Engagierte gemeinsam auf den Weg bringen, das ist das Ziel einer Arbeitsgruppe um Dr. Medard Kabanda und Kevin Matuke von der Servicestelle "Kommunen in der Einen Welt". Die beiden werden dafür in den nächsten Monaten in den Netzwerken der Eine-Welt-Initiativen und der Migrantenorganisationen werben.

Die Initiative für dieses Miteinander von Migration und Entwicklung ist vom Beirat für Kommunale Entwicklungszusammenarbeit und vom Integrationsrat ausgegangen. Aktive aus der Entwicklungspolitik und von Migrantenorganisationen verfügen über viel Wissen und Erfahrung. Häufig setzen sie sich für ähnliche oder sogar identische Ziele ein. Da liegt es nahe, sie zusammenzubringen und Kompetenzen im Bereich Kommunale Entwicklungszusammenarbeit zu bündeln.

Auftakt dieses Prozesses war ein Treffen von Engagierten im Rathaus mit Bürgermeisterin Karin Reismann, dem Integrationsrat-Vorsitzenden Dr. Ömer Lütfü Yavuz und Dr. Kajo Schukalla, Vorsitzender des Beirats für kommunale Entwicklungszusammenarbeit. Dort wurde die Arbeitsgruppe ins Leben gerufen.

Alle, die mitarbeiten möchten, sind willkommen. Information und Kontakt: Geschäftsstellen des Beirats ([rietkoetter@stadt-muenster.de](mailto:rietkoetter@stadt-muenster.de), Tel. 02 51/4 92-33 26) und des Integrationsrats ([rischer@stadt-muenster.de](mailto:rischer@stadt-muenster.de), Tel. 02 51/4 92-33 69).





Foto: Dr. Medard Kabanda (l.) und Kevin Matuke (5.v.l.) stellten zusammen mit Bürgermeisterin Karin Reismann (4.v.l.), dem Beirats-Vorsitzenden Dr. Kajo Schukalla (3.v.l.) und dem Integrationsrat-Vorsitzenden Dr. Ömer Lütfü Yavuz (4.v.r.) die Initiative vor. - Foto: Stadt Münster.

<https://www.muenster.de/stadt/presseservice/pressemitteilungen/web/frontend/output/standard/design/standard/page/2/show/991689>

## **Auftakt Migration und Entwicklung auf kommunaler Ebene Dienstag, 12.6.2018**

Grußwort Kajo Schukalla

*Sehr geehrte, liebe Bürgermeisterin Karin Reismann,  
sehr geehrter Vorsitzender des Integrationsrates, lieber Ömer Yavuz,  
liebe Mitwirkende bei dieser gemeinsamen Initiative Migration und Entwicklung auf  
kommunaler Ebene,  
liebe Freundinnen und Freunde in den Eine-Welt-Gruppen und den  
Migrantenselbstorganisationen,  
sehr geehrte Vertreterinnen und Vertreter des Integrationsrates und Beirats für  
kommunale Entwicklungszusammenarbeit der Stadt Münster,  
liebe Gäste,*

*informell existieren seit vielen Jahren in Münster zahlreiche Kontakte und  
Querverbindungen zwischen den Aktiven im den Arbeitsfeldern Migration, Integration und  
Eine-Welt- und kommunaler Entwicklungszusammenarbeit. In beiden Bereichen wirken  
auch Frauen und Männer, die auf dem jeweils anderen Feld zuhause sind, - nur die  
Mehrheit, gar die Regel ist dies noch lange nicht.*

*Was wir heute in Münster neu beginnen möchten, ist die stärkere und systematische*

*Verquickung von Migration und Entwicklung, wir beginnen mit Unterstützung von MiGlobe einen gemeinsamen Lernprozess.*

*Profitieren werden wir alle. Viele entwicklungspolitische und Eine-Welt-Gruppen sind international über Projekte und Partnerschaften hervorragend aufgestellt und gut informiert.*

*Bei Fernsichtigkeit leidet aber manchmal die Wahrnehmungsschärfe der Nähe. In Münster leben Angehörige aus rund 190 Staaten, viele der hier heimisch gewordenen Neumünsteraner wären auch in der Eine-Welt-Arbeit ausgezeichnete Kulturdolmetscher und Expertinnen und Experten für Eine-Welt-Fragen..*

*Auf der anderen Seite existieren in Münster zahlreiche, oft nur informell organisierte migrantische Gruppen, die etwa über Solidaritätsaktionen zugunsten ihrer alten Heimat bereits im weiteren Sinne entwicklungspolitisch tätig sind. Anderen Münsteranern mit Migrationsvorgeschichte, die hier tätig werden möchten, fehlt leider oft noch das spezielle organisatorische Knowhow und Fachwissen.*

*Hier setzt das Projekt „Migration und Entwicklung auf kommunaler Ebene“ von MiGlobe an.*

*Die Einzelheiten werden wir gleich in den Fachbeiträgen hören.*

*Ich möchte an dieser Stelle kurz den Blick weiten und auf die globalen Herausforderungen hinweisen, denen sich auch die Stadtpolitik stellen muss..*

*Nur wenige Schlaglichter:*

*Über die Nachhaltigen Entwicklungsziele, die Sustainable Development Goals (SDGs) und die Agenda 2030, im September 2015 auf einem Gipfel der Vereinten Nationen von allen Mitgliedsstaaten verabschiedet, ist schon viel geschrieben und diskutiert worden.*

*Auch Münster hat sich in die Pflicht nehmen lassen, die Musterresolution des Deutschen Städtetages zur Agenda 2030 unterzeichnet und am Modellprojekt „Global nachhaltige Kommune NRW“ seit 2016 teilgenommen.*

*Die sehr präzisen Vorschläge der Gremien und Persönlichkeiten auch aus den Bereichen Migration und Entwicklung liegen für Münster vor und wir sind sehr gespannt, wie der Stadtrat jetzt damit umgehen wird.*

*Im Bereich gesellschaftliche Teilhabe wird etwa bei den städtischen Stellen für Beschäftigte mit Migrationshintergrund ein Anteil von 15 % bis 2030, von 25% bis 2050 als ein operatives Ziel beschrieben, ein ganz konkretes und durchaus zurückhaltendes Beispiel für praktische interkulturelle Öffnung in der Stadtverwaltung.*

*Im Themenfeld „Unsere Globale Verantwortung leben“ sind es operative Ziele zum fairen Handel, zur Förderung internationaler Arbeit oder zu mindestens einer weiteren Städtepartnerschaft mit dem Globalen Süden.*

*Schwieriger wird es bei den härteren Themen, die den Verbrauch der natürlichen Ressourcen und Umwelt, die nötigen Veränderungen von Konsumgewohnheiten und Lebensstilen betreffen.*

*Sie kennen den „Earth Overshoot Day“, auch „Ökoschuldentag“, „Erdüberlastungstag“ oder „ Welterschöpfungstag“ genannt?*

*Es geht dabei um den globalen Fußabdruck, den die Menschheit Jahr für Jahr macht. Berechnet wird jeweils der Tag des laufenden Jahres, an dem die menschliche*

*Nachfrage an natürlichen Ressourcen das Angebot und die Kapazität der Erde zur Reproduktion dieser Ressourcen im jeweiligen Jahr übersteigt. Im Weltmaßstab wird dieser Tag in diesem Jahr 2018 der 1. August sei. Ab dem 2. August leben wir dann auf Kredit. Vor 10 Jahren, 2008, war es noch der 23. September. Im Jahr 2000 der 1. November und 1990 der 7. Dezember. Und dies sind nur die globalen Durchschnittswerte ! Den anteiligen Weltverbrauch Münsters kenne ich nicht. Wenn wir aber einmal den deutschen Durchschnittswert ansetzen, dann wurde unser anteiliges Ressourcenbudget bereits am 1. Mai verbraucht, so hat es die Organisation Global Footprint Network errechnet.*

*Wir leben global betrachtet bereits auf Pump! In Deutschland und eben auch in Münster machen wir ökologische Schulden bei der natürlichen Tragfähigkeit und wirtschaften auf Kosten unserer eigenen Nachkommen. Auch diesen Tatsachen muss sich Eine-Welt-Arbeit stellen. Auch in der Kommune, besonders in Münster, können wir eine Menge tun. Gute Ansätze sind da. Wenn wir es interkulturell und international tun, es gemeinsam angehen, verbessern sich unsere Chancen auf eine positive Trendumkehr.*

*Die Agenda 2030 mit ihren ambitionierten, aber erreichbaren Zielen lässt uns nur noch nur noch 12 Jahre. Die Zeit drängt.*

*Auch mit diesen Fragen werden sich die Mitwirkenden im heute startenden Projekt auseinander zu setzen haben.*

*Bevor ich das Wort an Josephine Kronfli, unsere Moderatorin, übergebe, will ich nur noch an eine gemeinsame Vorgeschichte in diesem Arbeitsbereich erinnern*

*Das Eine-Welt-Forum Münster, 1992 gegründet, hatte in der zweiten Hälfte der 90er Jahre noch keine eigene Rechtsform, gleichwohl war es finanziell vom 1995 gegründeten Beirat für kommunale Entwicklungszusammenarbeit der Stadt finanziell relativ besser ausgestattet als heute, so dass wir uns eine Koordinatorenteilstelle leisten konnten. Unser damaliges Sprecherteam hatte sich für Josephine Kronfli entschieden, die sich das Thema Einbindung von Migrantinnen und Migranten in die Eine-Welt-Arbeit zum Programm gemacht hatte.*

*Vielen Dank für die Aufmerksamkeit*

### **Dominikanerkirche: nicht Kunsttempel, sondern wieder Bürgerort**

Leserzuschrift an WN und MZ. 2.7.2018

Auch ich begrüße Gerhard Richters Kunstwerk mit dem Foucaultschen Pendel in der Dominikanerkirche als großartige Bereicherung unserer Kunstlandschaft. Mein anfänglicher Ärger über die zunächst geplante Einmottung des kunsthistorisch wertvollen Barockaltars hat sich fast gelegt, wäre da nicht der kontraproduktive Vorschlag Richters zu einer Holztür zum Chorraum mit dem Hochaltar. Denn es ist anzunehmen, dass die Doppeltür nur zu besonderen Anlässen geöffnet sein würde, womit im Alltag der Barockaltar doch den Blicken entzogen wäre. Die derzeitigen kunstschmiedernen Gittertüren gewähren dagegen auch in geschlossenem Zustand zumindest einen Blick auf das religiöse Kunstwerk von 1699.

Was mir größere Sorgen bereitet, ist die künftige Wiederaufnahme einer niederschweligen und kostenfreien Nutzung des verbleibenden Kirchenraumes durch Eine-Welt-Gruppen,

Friedens- und Migranteninitiativen, ökumenische und interreligiöse Netzwerke für Veranstaltungen und Sonderausstellungen. Erste Äußerungen aus Politik und Verwaltung verstehe ich so, dass künftig eher an ausgewählte „hochkarätige“ Kulturveranstaltungen gedacht sei.

Die Dominikanerkirche darf künftig nicht lediglich zum Kunsttempel werden, sondern sollte auf Dauer wieder ein lebendiger Ort bürgerschaftlichen Engagements werden. Von meinem Oberbürgermeister, vom Kulturausschuss und dem Stadtrat erwarte ich dieses Bekenntnis.

Dr. Kajo Schukalla

Markweg 38 Münster



Quelle: <https://www.muenster.de/stadt/presseservice/pressemitteilungen/web/frontend/output/standard/design/standard/page/1/show/991757>

### **3. Ausgewählte Pressemitteilungen der Gesellschaft für bedrohte Völker**

#### **Irak: Islamistisches Gedankengut im Schulunterricht**

**Christen im Nahen Osten befürchten eine weitere Islamisierungswelle**

*GfbV-Pressemitteilung,  
2.7.2018*

"Wenn verhindert wird, dass die Schülerinnen und Schüler kritisch über historische Zusammenhänge, andere Kulturen und Religionen



aufgeklärt werden, entwickeln sie auch kaum Toleranz gegenüber Nicht-Muslimen." Bild: 12019 via Pixabay CC0 1.0

Irakische Christen werfen dem Ministerium für Erziehung ihres Landes vor, in den Schulen auch im Fach arabische Sprache islamistisches Gedankengut zu verbreiten. „In den sozialen Medien kursieren Prüfungsblätter für Arabisch, aus denen hervorgeht, dass auch christliche, yezidische und mandäische Schülerinnen und Schüler mit Aufgaben konfrontiert werden, die leicht missverstanden werden und Gewalt gegen Andersgläubige rechtfertigen. So mussten Schüler, die in der vergangenen Woche ihre Prüfungen abgelegt haben, neben vielen Versen aus dem Koran auch einen poetischen Vers grammatikalisch deuten, in dem faktisch die Gewaltideologie des „Islamischen Staates“ (IS) propagiert wird“, berichtete der Nahostreferent der Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) Kamal Sido am Montag in Göttingen. Der poetische Vers heißt wörtlich: „Lasst sie töten außer die kleinen Kinder und die Alten!“ Auch in den Fächern Geschichte oder Sozialkunde ist islamistisches Gedankengut im Unterrichtsstoff zu finden.

„Die gegenwärtige Schulpolitik des Irak, aber auch anderer Länder des Nahen Ostens legt Grundlagen für die fortgesetzte Islamisierung der Bevölkerung. Wenn verhindert wird, dass die Schülerinnen und Schüler kritisch über historische Zusammenhänge, andere Kulturen und Religionen aufgeklärt werden, entwickeln sie auch kaum Toleranz gegenüber Nicht-Muslimen“, kritisierte Sido und forderte: „Themen wie der Völkermord an den christlichen Armeniern, Assyrern/Chaldäern/Aramäern im Osmanischen Reich 1915 oder der Holocaust dürfen auch in den Ländern des Nahen Ostens nicht tabu bleiben.“ Der Massenmord an den europäischen Juden im Dritten Reich werde in islamischen Ländern entweder geleugnet oder sogar gutgeheißen. „Dies hinterlässt auch Spuren bei Migrantinnen und Migranten aus türkischen, arabischen, persischen und selbst kurdischen Gesellschaften, die nach Deutschland und Europa kommen und erst hier mit diesen Themen konfrontiert werden“, warnte Sido.

Viele Christen, Yeziden und Angehörige anderer Minderheiten im Nahen Osten würden sich angesichts der Islamisierungstendenzen bereits auf eine Flucht oder Auswanderung vorbereiten, sagte Sido. Nach dem Erstarken des IS 2014 bis Ende 2017 sollen mindestens 15.000 christliche Familien aus dem Irak und Syrien nach Europa, Australien, USA und Kanada ausgewandert sein. Viele Christen sehen für sich keine Zukunft mehr im Nahen Osten, solange der Einfluss des radikalen Islam nicht spürbar begrenzt ist. „Auch wenn der radikale sunnitische Islam, dem die IS-Mitglieder angehören, augenblicklich die größte Gefahr für die religiösen Minderheiten darstellt, ist der schiitische Islam nicht weniger gefährlich für die ethnische und religiöse Vielfalt, wenn er sich radikalisiert und die Oberhand gewinnt“, sagte der Menschenrechtler. Diese Gefahr bestünde vor allem im Irak.

**Türkei: Wahlmanipulationen in Kurdenregion beobachtet**  
**Viele Berichte über „Unregelmäßigkeiten“ bei den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen in der Türkei**  
*GfbV-Pressemitteilung 25.6.2018*

Nach Recherchen der Gesellschaft für die bedrohte Völker (GfbV) hat es bei den Wahlen in der Türkei am Sonntag vor allem in den Kurdengebieten im Osten des Landes erhebliche Wahlmanipulationen gegeben. „Freunde unserer Menschenrechtsorganisation haben uns berichtet, dass dort vielerorts vorher ausgefüllte Stimmzettel in die Wahlurnen geworfen wurden“, sagte der GfbV-Nahostreferent Kamal Sido, der in ständigem

telefonischen Kontakt mit vielen Menschen in Türkisch-Kurdistan steht, am Montag in Göttingen. Den Gewährsleuten der GfbV zufolge sei kurdischen Aktivisten in Pirsus (türkisch: Suruc) in der südostanatolischen Provinz Sanliurfa sogar gelungen, Fälschungsversuche mit Handys zu dokumentieren.

Auch in anderen Regionen des Kurdengebietes der Türkei wie in ländlichen Gegenden von Sanliurfa, Mus, Bingöl, Kahramanmaras, Mardin, Batman, Diyarbakir, Sirt und Bitlis sollen Erdogan-Anhänger unter den Augen der türkischen Sicherheitskräfte vorher ausgefüllte Stimmzettel in Wahlurnen gesteckt haben. Dort mussten potenzielle Wähler der prokurdischen HDP-Partei bis zu zehn Kilometer zu Fuß zu Wahllokalen laufen.

„Insbesondere in den Kurdengebieten hat der Ausnahmezustand eine faire und demokratische Wahl unmöglich gemacht, weil dort Polizei und Militär in den vergangenen Wochen bedrohlich präsent waren und die HDP sich mit ihrem Wahlprogramm nicht frei präsentieren konnte“, kritisierte Sido. Doch trotz dieser Machtdemonstration von Erdogan habe sich die Bevölkerung wenig einschüchtern lassen. „Die Menschen haben immer weniger Angst vor Erdogans Schlägertruppen. Das hat die Massenbeteiligung der Bürger an den Wahlveranstaltungen der oppositionellen kemalistischen CHP und der HDP gezeigt.“ Immer wieder wurden kurdische Aktivisten von Anhängern Erdogans verprügelt. Es gab sogar Tote und Verletzte. Seit Verhängung des Ausnahmezustands nach dem Putschversuch im Sommer 2016 sind die Grundrechte in der Türkei vor allem in Türkisch-Kurdistan massiv eingeschränkt

Viele Kurden hoffen, dass es der prokurdischen HDP gelingt, die Zehn-Prozent-Hürde zu überschreiten und ins Parlament einzuziehen. Das könnte erheblich dazu beitragen, die totale Herrschaft des Blocks der islamistischen AKP und der ultranationalistischen MHP zu brechen. Eine starke kurdische und oppositionelle Fraktion im Parlament könnte der "Ein-Mann-Herrschaft" Erdogans spürbar schaden.

### **TERMIN: 100 Tage unter türkischer Besetzung - Menschenrechtler erinnern mit Menschenrechtsreport und Mahnwache an Schicksal von Afrin**

*GfbV-Pressemitteilung, 21.6.2018*

### **Menschenrechtsreport dokumentiert völkerrechtswidrige Besetzung – Willkür und Gewalt in Kurdenregion dauern an**

Grün stellt die türkische Armee dar, Rot Assads Truppen und Gelb kurdische Kämpfergruppen. Vor dem Beginn der Operation Olivenzweig im Januar 2018 befand sich Afrin im gelben Einflussbereich. Bild: MrPenguin20 via Wikimedia Commons CC BY-SA 4.0

Mahnwache am Dienstag, den 26. Juni 2018, von 11 bis 13 Uhr  
vor dem Brandenburger Tor, Pariser Platz, 10117 Berlin

100 Tage nach Einmarsch der türkischen Armee in der nordsyrischen Kurdenregion Afrin leidet die Zivilbevölkerung noch immer unter der Willkür und Gewalt türkischer Soldaten und mit ihr verbündeter radikaler Islamisten. Mit einer Mahnwache vor dem Brandenburger Tor und der Übergabe eines Menschenrechtsreports über die völkerrechtswidrige Besetzung der Kurdenregion an den Vizepräsidenten des Deutschen Bundestages, Thomas Oppermann (SPD), erinnert die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) am kommenden Dienstag in Berlin an das Schicksal der Menschen in Afrin.

Oppermann hat zugesagt, die GfbV und kurdische Delegierte aus Afrin um 12 Uhr in seinem Büro zu empfangen. Unter den Kurden ist auch Salaheddin Haj Rachid, Führungsmitglied der kurdischen demokratischen Partei in Syrien (Yekiti-Al wahda).

„Nahezu täglich werden Kurden in Afrin vom türkischen Militär oder syrischen Islamisten erschossen. Für die Zivilbevölkerung ist die türkisch-islamistische Besatzung zum Alptraum geworden“, berichtet der GfbV-Nahostreferent Kamal Sido, dessen Angehörige noch immer in Afrin leben. „Bis heute sind die Raubzüge der Eroberer nicht abgerissen. Den kurdischen Bauern werden Getreide, Olivenöl, Fahrzeuge, Gemüse, Obst, Haustiere und alles, was sie noch haben, weggenommen.“ Nach GfbV-Angaben wurden mindestens 300 Zivilisten durch den Angriff der türkischen Armee auf Afrin getötet. Seit Eroberung der Kurdenregion hat das türkische Militär mindestens 3.000 Kurden verschleppt. Es gibt Schätzungen, dass sogar bis zu 7.000 Kurden verschwunden sind. Viele Gefangene wurden gefoltert. Einige verloren so ihr Leben. So soll Ahmad Sheikho aus der Ortschaft Shaykh al Hadid (Shiye) westlich von Afrin nach seiner Haftentlassung am 11. Juni an den Folgen von Folter gestorben sein.

Die türkische Armee und ihre Verbündeten hatten Afrin jahrelang von der Außenwelt abgeschnitten und bedroht, bevor sie die Region am 20. Januar 2018 mit Kampfflugzeugen, schwerer Artillerie, Panzern und Raketenwerfern angriffen. Dabei wurden auch Leopard-2-Panzer und andere Rüstungsgüter aus Deutschland eingesetzt. Nach 57 Tagen schwerer Kämpfe mit den nur leicht bewaffneten kurdischen Verteidigern fiel Afrin am 20. März 2018.

Hier können Sie den Menschenrechtsreport "Nordsyrien: Der völkerrechtswidrige Angriffskrieg der Türkei gegen Afrin" herunterladen (PDF).

[https://www.gfbv.de/fileadmin/redaktion/Reporte\\_Memoranden/2018/2018-05\\_Memorandum\\_Afrin\\_GfbV.pdf](https://www.gfbv.de/fileadmin/redaktion/Reporte_Memoranden/2018/2018-05_Memorandum_Afrin_GfbV.pdf)

## **USA verlassen Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen**

*GfbV-Pressemitteilung, 20.6.2018*

Dies sei ein neuer Paukenschlag in der Politik des Isolationismus, die Trumps Administration konsequent betreibe.

Als kurzsichtig und enttäuschend hat die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) die Entscheidung der USA bezeichnet, den Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen zu verlassen. "Dies ist ein schwerer Rückschlag für die internationale Menschenrechtsarbeit. Denn von diesem Rückzug werden autoritäre Staaten und Diktaturen profitieren, die ihren Einfluss in der UNO damit weiter ausbauen können", erklärte der GfbV-Direktor Ulrich Delius am Mittwoch in Göttingen. Die USA begründeten ihren Rückzug mit dem Umgang des Rates mit dem Staat Israel.

"Menschenrechtsarbeit ist heute äußerst komplex und vielschichtig. Es ist wahnwitzig, dass die USA dieses wichtige Gremium nur wegen des Umgangs mit einem Staat verlassen. Sie verspielen damit aus kurzsichtigen innenpolitischen Wahlkampferrwägungen jede Möglichkeit, auf der Weltbühne bedeutende Menschenrechtsanliegen voranzutreiben", sagte Delius. Dies sei ein neuer Paukenschlag in der Politik des Isolationismus, die Trumps Administration konsequent betreibe. Es sei sehr bedauerlich, dass sich die USA nun auch von der Weltbühne der Menschenrechte

verabschiedeten, erklärte die GfbV.

Die Arbeit des Menschenrechtsrates sei oft unbefriedigend und einseitig. "Doch wer dies ändern will, darf das Feld nicht Autokraten und Diktatoren überlassen, sagte Delius. Denn bei aller Kritik habe der Menschenrechtsrat auch wichtige Impulse für eine Lösung der Menschenrechtskrisen in Burma, Südsudan, Eritrea, Nordkorea und anderen Staaten gegeben.

### **Erdogan führt Wahlkampf mit der Luftwaffe Angriffe auf PKK-Stellungen sollen Erdogans Kopf retten**

*GfbV-Pressemitteilung, 18.6.2018*

Die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) hat die Luftangriffe der Türkei auf mutmaßliche Stellungen der PKK im Irak verurteilt. "Diese Luftschläge pünktlich zum Wahlkampfendspurt in der Türkei haben nichts mit Antiterrorkampf zu tun, sondern sind purer Wahlkampf mit ruchlosen Mitteln. Präsident Recip Erdogan schreckt vor nichts zurück, um seinen drohenden Machtverlust zu verhindern", erklärte der GfbV-Direktor Ulrich Delius am Sonntag in Göttingen. Der türkische Präsident hatte am Samstagabend erklärt, die türkische Luftwaffe habe Stützpunkte der Kurdischen Arbeiterpartei (PKK) in den Kandil-Bergen im irakisch-iranischen Grenzgebiet bombardiert. Zum wiederholten Male intervenieren damit türkische Streitkräfte in diesem Jahr militärisch in einem Nachbarland und verletzen die Souveränität eines anderen Staates. "Für die Völkerrechtsverletzung gibt es noch nicht einmal militärische Notwendigkeiten, sondern nur innenpolitische Erwägungen. Es ist unverantwortlich und beschämend, dass Erdogan erneut Krieg als Mittel des Wahlkampfes einsetzt", sagte Delius. Es sei skrupellos, wie Erdogan die Streitkräfte für den Wahlkampf seiner AKP-Partei missbrauche, erklärte die Menschenrechtsorganisation. Die GfbV hatte in den letzten Tagen bereits vor neuen türkischen Militärinterventionen gewarnt.

### **Jemen: Angriff auf Hodeida ist Verbrechen gegen die Menschlichkeit! Weltsicherheitsrat berät über Jemen-Krieg – Zivilbevölkerung braucht Schutz!**

*GfbV-Pressemitteilung, 14.6.2018*

Nach wochenlangen Verhandlungen über einen Abzug der Huthi-Rebellen aus Hodeida, werden die Friedensbemühungen der Vereinten Nationen nun zunichte gemacht.

Die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) hat an den Weltsicherheitsrat appelliert, den Angriff auf die Hafenstadt Hodeida im Jemen als Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu verurteilen und einen sofortigen Stopp aller Kampfhandlungen zu fordern. „Der Weltsicherheitsrat muss seiner Schutzverantwortung für die Zivilbevölkerung nachkommen, denn der Angriff auf die Lebenslinie des Jemen wird die Lage in dem Land massiv verschärfen. Es droht eine humanitäre Katastrophe mit Ansage und angesichts dessen dürfen sich die bedeutendsten Staaten der Welt nicht mit leeren Appellen zur Zurückhaltung an die Konfliktparteien begnügen“, erklärte der GfbV-Direktor Ulrich Delius am Donnerstag in Göttingen.

Der Weltsicherheitsrat wird heute auf Antrag von Großbritannien zusammenkommen, um über die neueste Eskalation in der Jemen-Krise zu sprechen. Am Mittwoch hatten von den Vereinigten Arabischen Emiraten und Saudi-Arabien gestützte regierungsnah



Militärkräfte trotz vieler Warnungen der Vereinten Nationen und von Hilfsorganisationen die von Huthi-Rebellen gehaltene Stadt angegriffen. Es wurden mindestens 16 Luftangriffe auf das wichtige Zentrum am Roten Meer geflogen und bei Bodenkämpfen kamen mindestens 16 Personen zu Tode.

Die aktuelle Eskalation des Krieges im Jemen gefährdet nicht nur die 600.000 Bewohner der Hafenstadt, sondern mindestens acht Millionen Zivilisten im ganzen Land. Ihr Überleben hängt vom Transport von Hilfsgütern aus Hodeida ab. „Alle beschwichtigenden Erklärungen der angreifenden Militärs, Bodenkämpfe vermeiden zu wollen, sind realitätsfern“, kritisierte Delius. Denn schon heute sehe man die katastrophalen Folgen der Gewalteskalation, weil Hilfsorganisationen und mit humanitärer Arbeit betraute Mitarbeiter der Vereinten Nationen die Stadt fluchtartig verlassen mussten.

„Es ist unverantwortlich, dass Friedensbemühungen der Vereinten Nationen nach wochenlangen Verhandlungen ihrer Unterhändler über einen Abzug der Huthi-Rebellen aus Hodeida jetzt zunichte gemacht werden“, sagte Delius. „Die von den USA entscheidend bewaffnete und militärisch unterstützte Koalition aus Saudi-Arabien und den Emiraten spielt mit dem Leben von Millionen Menschen und ignoriert das Prinzip der Schutzverantwortung, zu dem sich die internationale Staatengemeinschaft auf dem Millenniumsgipfel im Jahr 2005 bekannt hat.“

**Türkei: Schwere Vorwürfe gegen Erdogan**  
**Türkischer Präsident will mit Angriffen auf Kurden vor den Wahlen punkten**  
*GfbV-Pressemitteilung, 12.6.2018*

Ohne Rücksicht auf die Gesundheit und das Leben von vielen tausend Zivilisten zettelt der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan neue Kriege gegen die Kurden an.

Kurz vor den Wahlen in der Türkei warnt die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) vor einer Eskalation der Gewalt gegen Kurden innerhalb und außerhalb des Landes. „Ohne Rücksicht auf die Gesundheit und das Leben von vielen tausend Zivilisten zettelt der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan neue Kriege gegen die Kurden an. Offenbar will er seine Anhänger noch vor den Parlaments- und Präsidentschaftswahlen am 24. Juni mit neuen Siegen beeindrucken“, kritisierte der GfbV-Nahostreferent Kamal Sido am Dienstag in Göttingen.

Nach dem völkerrechtswidrigen militärischen Einmarsch in der nordsyrischen Kurdenregion Afrin greift das türkische Militär jetzt seit Tagen Stellungen der verbotenen kurdischen PKK im Grenzgebiet zum Irak und Iran an. Dabei werden auch Kampfflugzeuge und Drohnen eingesetzt. Das türkische Militär spricht von sechs getöteten „Terroristen“ und „16 angegriffenen terroristischen Stellungen“. Kurdische Quellen hingegen berichten von friedlichen Dörfern, die immer wieder Ziele der türkischen Luftwaffe werden.

In der Türkei selbst gibt es immer mehr Angriffe auf Mitglieder und Büros der oppositionellen prokurdischen HDP-Partei. Erdogan-treue Islamisten und türkische Rechtsextremisten zerstören Werbestände der HDP, während türkische Sicherheitskräfte meist tatenlos zusehen. Allein in der vergangenen Woche gab es tätliche Übergriffe auf die HDP in Gaziantep, Ceylanpinar, Istanbul, Bursa, Bolu, Antalya, Manisa, Ankara und Hatay.

Die HDP ist nicht nur die Partei der Kurden in der Türkei. Sie ist auch die Partei der unterdrückten, benachteiligten Volksgruppen sowie der Frauen. So ermöglicht die HDP christlichen Assyro-Aramäern, Aleviten, Yeziden und Armeniern über ihre Wahllisten ins Parlament zu kommen. Auf der Liste der HDP befindet sich auch der afrikastämmige Politiker Yalçın Yanık. „Das ist ein absolutes Novum in der Türkei“, sagen viele Beobachter. Yanık kandidiert im Wahlbezirk Izmir. Seine Vorfahren sollen vor knapp 200 Jahren als Sklaven in das damalige Osmanische Reich gebracht worden sein, um auf Baumwollplantagen zu arbeiten. Allein in der Westtürkei leben knapp 100.000 Nachfahren dieser Menschen. Das Thema Sklaverei wird in der Türkei bis heute weitestgehend tabuisiert. Von geschichtlicher Aufarbeitung oder der Übernahme von Verantwortung kann keine Rede sein.

**Nordkorea-USA-Gipfel: Auch Menschenrechte müssen Thema sein!  
Sippenhaft, Arbeitslager, keinerlei Religionsfreiheit - Schwere  
Menschenrechtsverletzungen in Nordkorea im Dialog nicht aussparen!**  
*GfbV-Pressemitteilung, 11.6.2018*

Die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) hat die Hoffnung geäußert, dass bei dem Gipfeltreffen zwischen den Präsidenten der USA und Nordkoreas auch Menschenrechtsfragen erörtert werden. „Wir begrüßen alle Gespräche über einen Abbau des Atomwaffenarsenals Nordkoreas und wollen diese Verhandlungen auch nicht erschweren. Aber wenn Nordkorea international seinen Pariah-Status ablegen und eine Aufhebung aller Sanktionen erreichen will, dann dürfen Menschenrechtsfragen in dem Dialog nicht ausgespart werden“, erklärte der GfbV-Direktor Ulrich Delius am Montag in Göttingen. In Nordkorea werden nach Erkenntnissen der Vereinten Nationen Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen. Bislang sind Menschenrechte offiziell nicht als Gesprächsthema auf der Agenda des Gipfeltreffens vorgesehen, zu dem Donald Trump und Kim Jong-un am 12. Juni in Singapur zusammentreffen.

Delius erinnerte daran, dass US-Sanktionen gegen Nordkorea nicht nur wegen des Atomwaffen-Programms verhängt, sondern auch wegen schwerer Menschenrechtsverletzungen beschlossen wurden. So wurden im Oktober 2017 sieben Verantwortliche und drei staatliche Firmen aus Nordkorea wegen extralegalen Tötungen, Folter und Vergewaltigung mit US-Sanktionen belegt.

Abrüstungsgespräche ohne einen Dialog über andere bedeutende gesellschaftliche Fragen könnten nur bedingt nachhaltig sein, mahnte der Menschenrechtler und kritisierte: „Es wird keine dauerhafte Entspannung auf der koreanischen Halbinsel geben, solange Nordkorea seiner eigenen Bevölkerung alle demokratischen Grundrechte verweigert, Sippenhaft praktiziert und rund 100.000 Menschen in Arbeitslagern festhält. In keinem anderen Land der Welt gibt es so wenig Transparenz, was das Schicksal von zehntausenden politischen Gefangenen angeht.“

Mit Sorge verfolgt die Menschenrechtsorganisation auch die massive Unterdrückung der Religionsfreiheit in dem diktatorisch regierten Staat. „Wer sich nicht den staatlich anerkannten Glaubensgemeinschaften anschließt, riskiert, in ein Arbeitslager gesperrt zu werden. Christen werden von dem staatlichen Sicherheitsapparat als „feindliche Kräfte“ angesehen und stehen unter dem Pauschalverdacht, die staatliche Ordnung zu gefährden.“

Auch der Sonderberichterstatter des UN-Menschenrechtsrates für Nordkorea Tomas

Quintana hatte die Gesprächsführer am vergangenen Donnerstag aufgefordert, Menschenrechte in ihren Dialog miteinzubeziehen. In einem im Jahr 2017 veröffentlichten Report einer Untersuchungskommission der Internationalen Rechtsanwaltsvereinigung werden Nordkorea vor allem wegen Folter und Hinrichtungen in Arbeitslagern Verbrechen gegen die Menschlichkeit vorgeworfen.

#### **4. Hinweise zu neuen Publikationen der GfbV**

##### **Fachzeitschrift Bedrohte Völker – Pogrom**

Die GfbV-Zeitschrift „bedrohte Völker - pogrom“ berichtet regelmäßig alle zwei Monate und aktuell über verfolgte ethnische und religiöse Minderheiten, Nationalitäten sowie indigene Völker in aller Welt. Im deutschen Sprachraum gibt es kein vergleichbares Medium. Die erste Ausgabe unserer Zeitschrift erschien 1970.

„bedrohte Völker - pogrom“ gibt Opfern von Menschenrechtsverletzungen eine Stimme und nennt die Täter beim Namen. Wir zeigen Lösungen für Konflikte und ein friedliches Zusammenleben, die den Respekt für die Identität und Lebensweise von ethnischen und religiösen Minderheiten einschließen, und scheuen uns nicht vor unbequemen Forderungen.

„bedrohte Völker - pogrom“ richtet sich an politisch wache Menschen, die sich für die Bewahrung kultureller Vielfalt einsetzen. Bei uns kommen nicht nur ausgewiesene Experten, sondern auch die Betroffenen selbst zu Wort.

Die aktuelle Ausgabe:

##### **50 Jahre Gesellschaft für bedrohte Völker**

Titelfoto: © Dietmar Temps

Die Gesellschaft für bedrohte Völker hat Grund zu feiern: Die Menschenrechtsorganisation besteht seit 50 Jahren. Seit einem halben Jahrhundert kämpfen wir für die Rechte ethnischer und religiöser Minderheiten sowie indigener Gemeinschaften auf der ganzen Welt – mit Erfolg. Die Betroffenen sind dabei unsere engen Verbündeten. In dieser Jubiläumsausgabe stellen wir Themen und Vorgehen unserer Arbeit beispielhaft vor.

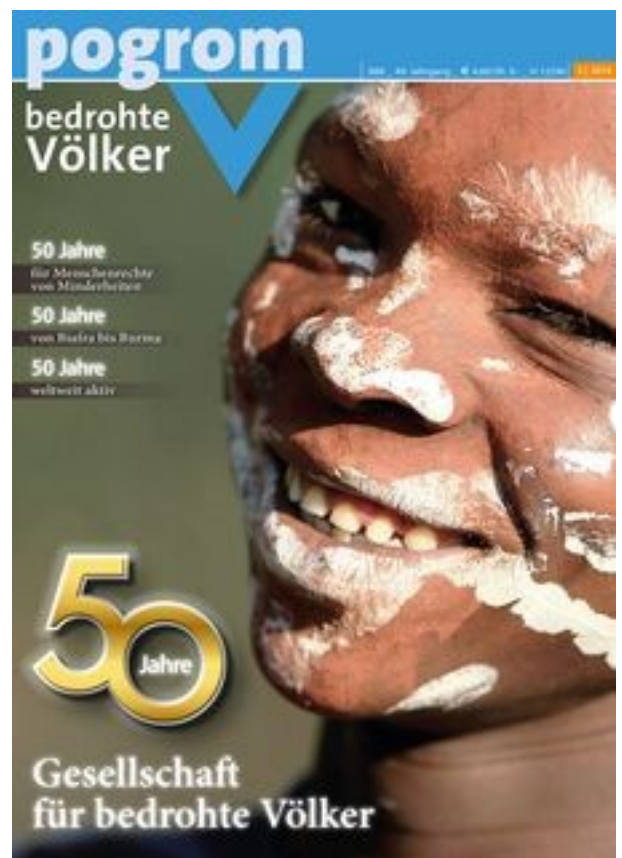
Nummer 305

Ausgabe 02/2018

Seiten 88

Preis 4.60 Euro

Mehr unter: <https://www.gfbv.de/de/informieren/zeitschrift-bedrohte-voelker-pogrom/305-50-jahre-gesellschaft-fuer-bedrohte-voelker/>



Tipp für Interessierte und Forschende: In unserem pogrom-Archiv liegen viele interessante und spannende Texte zu verschiedenen Regionen und Völkern. Wenn Sie etwas Bestimmtes aus der Vergangenheit suchen, schicken Sie uns eine E-Mail mit dem Stichwort, nachdem wir unser Archiv durchsuchen sollen, an [redaktion@gfbv.de](mailto:redaktion@gfbv.de) . Wir lassen Ihnen dann gerne die Artikel digitalisiert zukommen.

### **GfbV-Zeitschrift im Abo**

*Wir würden uns besonders darüber freuen, wenn Sie unsere Zeitschrift regelmäßig lesen möchten: Das Abonnement umfasst sechs Ausgaben im Jahr und kostet inklusive Versand 25 Euro pro Jahr (ermäßigt 20 Euro).*

**Zeitschrift abonnieren oder kostenloses Probeheft anfordern unter:**

<https://www.gfbv.de/de/informieren/zeitschrift-bedrohte-voelker-pogrom/zeitschrift-abo/>



### **Mitarbeiten und / oder Mitglied werden und Menschenrechtsarbeit stärken !**

Unsere Menschenrechtsorganisation ist föderal organisiert und bietet auch die Möglichkeit, in Regionalgruppen, so in Münster, mitzuarbeiten. Wenn Sie / wenn ihr Interesse habt/ haben, reinschauen und mitmachen kostet nichts, aber hilft!

<https://www.gfbv.de/de/aktiv-werden/regionalgruppen/>

<https://www.gfbv.de/de/aktiv-werden/mitglied-werden/>

<https://www.gfbv.de/de/aktiv-werden/ehrenamtlich-engagieren/>

### **Spendenkonto der Gesellschaft für bedrohte Völker:**

Bank für Sozialwirtschaft

IBAN DE07 2512 0510 0000 50 60 70

BIC BFS WDE 33 HAN

## **5. Arbeitskontakte**

### **Gesellschaft für bedrohte Völker – Regionalgruppe Münster**

Ulrike Kuhlmann, Information und Vernetzung, Veranstaltungsorganisation  
Tel. 0251/ 5309793 (mit AB)  
E-mail: [ulrikekuhlmann@googlemail.com](mailto:ulrikekuhlmann@googlemail.com).

Ismet Nokta, Ansprechpartner für Geflüchtete aus Syrien. Irak, Türkei  
(ansprechbar deutsch, türkisch, kurdisch in mehreren Dialekten, niederländisch)  
Tel. 0172-9845517,  
E-mail: [ismetleyla@web.de](mailto:ismetleyla@web.de)

Dr. Kajo Schukalla, Koordinierung, Gremien, internationale Arbeit  
Markweg 38, 48147 Münster,  
Tel. 0251/ 2390606 (mit AB),  
E-mail: [kajo.schukalla@gmail.com](mailto:kajo.schukalla@gmail.com)

Informationen zur GfbV-Regionalgruppe Münster  
[www.rg-muenster.gfbv.de](http://www.rg-muenster.gfbv.de)

Einige unserer Beiträge aus Münster findet ihr hier eingestellt:

<https://www.gfbv.de/de/aktiv-werden/regionalgruppen/regionalgruppe-muenster/regionalgruppe-muenster-archiv/>

<https://www.gfbv.de/de/aktiv-werden/regionalgruppen/regionalgruppe-muenster/>

**[www.gfbv.de](http://www.gfbv.de)**

*PS. Die Adressen mit menschenrechte.weltweit@... dienen nur der Versendung, automatische Rückmails können nicht gelesen werden.*

## **Datenschutzhinweis**

Durch die Neuerungen, die mit der **EU-Datenschutzgrundverordnung (DSGVO)** in Kraft treten, überarbeiten wir aktuell unsere Datenschutzerklärung für die Internetseite [www.gfbv.de](http://www.gfbv.de)  
Dort werden auch ausgewählte Rundbriefe der GfbV-Regionalgruppe Münster auf der entsprechenden Unterseite eingestellt.

Hier finden sich Hinweise zum Datenschutz:

<https://www.gfbv.de/de/footer-menue/ueber-uns/datenschutz/>

**Künftig wird auch eine neue E-mail-Adresse der GfbV-Regionalgruppe eingerichtet, über die GfbV-Rundbriefe und vereinsbezogene Nachrichten verschickt werden sollen.**

**Aber auch unter meinen bisherigen E-mail-Adressen werde ich künftig verschiedene Menschenrechtsinformationen an Interessierte aussenden.**

**In allen Fällen gilt absoluter Datenschutz.**

*Wer mit der Nutzung der Adressdaten für den Versand dieser Menschenrechtsinformationen einverstanden sind, braucht nichts zu unternehmen.*

**Wer aus dem Mailverteiler gestrichen werden möchte, sende mir bitte eine individuelle E-mail an [kajo.schukalla@gmail.com](mailto:kajo.schukalla@gmail.com) . Ich werde dann alle Daten umgehend löschen.**

*Bei einfacher Rückantwort besteht die Gefahr bei Massenaussendungen, dass die Nachricht in der Fülle der individuell kaum zu bearbeitenden Sendungen verlorengeht. Dies gilt natürlich auch bei anderen wichtigen Reaktionen und Nachrichten.*

